

Saale-Zeitung.

Wenden die Spaltenzeit aber dem Raum mit 30 Pfg. ...

Bezugspreis für Halle ...

Nr. 97. Halle a. S., Sonnabend, den 27. Februar 1909.

Fürst Bülow und das Steuerkompromiß.

Konferenz des Kanzlers mit den Blockparteien. Berlin, 26. Februar.

Wie der „Tag“ meldet, traten heute vormittag die Blockparteien in ihren Fraktionszimmern zusammen, um darüber zu beraten, wie ein Votumkompromiß in den Hauptfragen der Reichsfinanzreform zu erzielen sei.

Fraktionsgemeinschaft, die Nationalliberalen und die wirtschaftliche Vereinigung, hatten Vertreter entsandt. Ueber das Ergebnis der Beratungen verlautet, daß eine Verständigung innerhalb des Bloßes, also ohne das Zentrum, nach dem Besluf der heutigen Besprechung wieder nähergerückt sein soll.

Eine Erklärung des hessischen Staatsministers.

Darmstadt, 26. Febr. Die Zweite Kammer begann heute vormittag die Beratung des Etats. Vor Beginn derselben erklärte Staatsminister Gwold: Die Beratungen in der Subkommission des Reichstages haben, wie bekannt sein dürfte, eine Wendung genommen, die für die Bundesstaaten von außerordentlicher Bedeutung ist.

Reichsversicherungsamts für das Jahr 1908 wurde Kenntnis genommen. Mit der Uebermittlung der Vorlage, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung von Schiffsfahrtsabgaben, an die hiesigen Ausschüsse erklärte die Versammlung sich einverstanden.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Berlin, 26. Febr. Die Kommission erledigte gestern die §§ 11 und 12, die von der Kreditbildung handeln. § 11 macht für wahrheitswidrige Behauptung und Verbreitung von Tatsachen über Erwerbseigenschaften, Personen oder Leiter, Waren oder gewerbliche Leistungen eines andern schaden-erlässpflichtig und begründet einen Unterlassungsanspruch.

Deutsches Reich.

Der Kaiser traf vorgestern kurz vor 7 Uhr im Kasino des Leib-Garde-Jägerregiments in Potsdam ein und nahm an einem Essen anlässlich des Geburtstages des Königs von Württemberg teil. Gestern vormittag traf das Kaiserpaar vom Neuen Palais aus im Automobil in Berlin ein und besuchte das Kunstgewerbemuseum.

Keine Reichstagserverswahl in Torgau-Liebenwerda.

Das „Torgauer Kreisblatt“ schreibt: „Von dem sozialdemokratischen Hauptorgan in Berlin war die Mitteilung verbreitet worden, der Reichstagsabgeordnete unseres Wahlkreises Torgau-Liebenwerda, Herr Bürgermeister Wilde beabsichtige, sein Mandat niederzulegen.“

Eine Bundesratsitzung.

In der am 25. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Bethmann-Hollweg abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde dem deutschen Hilfsverein in Mailand, dem deutschen Schulverein in Brüssel und der Kolonialgesellschaft „Diamanten-Regie des Südwafrikaanischen Schutzgebietes“ die Rechtsfähigkeit verliehen.

gegenüber einer unlauter gehaltenen Notiz im „Bormärts“, deren Inhalt auch in andere Blätter übergegangen ist, sehe ich mich veranlaßt, zur Aufhellung des Sachverhalts folgendes festzustellen: Ich habe mit Frau und Tochter an der Wahrheit gemäß vor dem Schöffengericht Eßlerwerda eifrig bezeugt, daß der Kandidat Hofmann in Gorden und ich einander nie beduht hätten; diese meine Angabe habe ich auch vor der Strafkammer Torgau mit dem Grundsatze aufreht erhalten, daß ich zu Hofmann, als er vor ca. 25 Jahren auf meinem Bureau kurz Zeit als Schreibverleiher beschäftigt war, möglicherweise „Du“ gesagt haben könnte.

Nach den Besprechungen mit den Parteiführern konstatierte Fürst von Bülow auch mit mehreren einzelnen hiesigen Finanzministern. Es soll bereits Aussicht für eine Einigung auf der Grundlage erzielt sein, daß die Regierung die Nachlasssteuer fallen läßt, die Reichs-Einkommensteuer dagegen weiter ausbaut und eine Reihe neuer kleinerer Steuern in den Reformplan hineinzieht.

Wie wir erfahren, hat heute vormittag im Reichsfinanzpalais bei dem Fürsten Bülow eine längere Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Blockparteien über die Reichsfinanzreform stattgefunden. Sämtliche Parteien des Bloßes, die Konfessionen, die Reichspartei, die freisinnige

Feuilleton.

Unterhaltungsblatt. Ein fiktiver Mensch. Roman von Paul Böh (Fortsetz.). — Im Zwang des Augenblicks. Roman von Arthur Sapp. — Wunte Zeitung: Ein wiederentdecktes Reisebildnis von Waldmüller. Ein Sonett von Schillers Gattin. Moderne Herrenschmuck. — Literatur.

Johannes Conrad.

zum 70. Geburtstag. (Nachdruck verboten.)

Der Träger eines der glänzendsten Namen unserer Universitäts- und Nationalökonom Johannes Conrad, feiert morgen die 70. Wiederkehr seines Geburtstages. Wir bringen dem berühmten Gelehrten und hochverdienten Mitarbeiter mit der großen Ehre seiner Freunde und Verehrer unserer herzlichsten Wünsche zu diesem Tage dar.

Die Zahl der Schüler aus allen Ländern, die Conrad in bald vierzigjähriger, mühevoller aber erfolgreicher Arbeit in seinen Vorlesungen und in seinem Seminar unterrichten hat, ist außerordentlich groß. Wir finden sie heute in den Parlamenten und in den Ministerien, in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel, als Vertreter von wirtschaftlichen Verbänden und als Lehrer an Hochschulen. In Universitäten und technischen Hochschulen lehren Schüler Conrads, in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn und der Schweiz, aber auch in Japan und den Vereinigten Staaten wirken sie in seinem Sinne weiter. So verlebten auch ihre Lebenswege sich gestaltet haben. So treu ist das Gedächtnis, das sie alle ihrem Lehrer bewahren. Denn Conrad war ihnen mehr als ein Vermittler der Wissenschaft; er war ihnen ein väterlicher, herzlicher Freund.

Es ist hier nicht der Platz, das wissenschaftliche Werk Johannes Conrads zu würdigen. Durch eigenhändige eigene Forschung und Förderung der Arbeiten seiner Schüler, durch Begründung des „Handwörterbuchs der Staatswissenschaften“, durch jahrzehntelange Redaktion der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ hat Conrad die Wissenschaft gefördert. Aber er verlor dabei nie das praktische Leben aus dem Auge, und deshalb konnte er ihn als Mitarbeiter am Bürgerlichen Gesetzbuch, als Gutachter wichtiger legislativischer Maßnahmen und als Teilnehmer an Enqueteen wichtige Dienste leisten.

Conrads Verdienste sind durch wissenschaftliche und staatliche Ehrungen im In- und Auslande oft gekrönt worden. Es genügt sich aber, heute und an dieser Stelle ihm noch besonderen Dank zu sagen für das, was ihm unsere Stadt schuldet.

Gewiß gilt Conrads Interesse in erster Reihe der Universität und ihren Angehörigen. Für die akademische Jugend aber erregte ein warmes Herz achtsam und aufrechten Korporationen gäbten ihm mit Stolz zu ihrem Ehrenmitglied. Mens sana in corpore sano war der Maßspruch, unter dem er das studentische Leben zu fördern suchte. So wurde er ein Vorkämpfer für Spiel und Sport nicht nur in den akademischen Kreisen, sondern auch darüber hinaus; verdanken wir ihm doch die Einführung der englischen Fußballspiele in

unserer Stadt. Aber er war weit entfernt, ein einseitiges Betonen körperlicher Entwicklung, so sehr er sie schätzte, zu unterstellen. Davor bewahren ihn seine feinsinnigen, ethischen Meinungen, die ihn zum Förderer des musikalischen Lebens machten; erinnern wir uns, daß er es war, der die Weidwerke bei der Enthüllung des Robert Franz-Denkmalis hielt, dessen Werte ihm stets am Herzen gelegen hatten.

Es ist natürlich, daß Conrads Wirksamkeit auch an den sozialen Verhältnissen unserer Stadt nicht spurlos vorübergegangen konnte. Wenn wir vor wenig Jahren ein eigenes Institut für die Arbeiter errichten konnten, dem er fortwährend mit seinem Rat und seiner Erfahrung zur Seite steht, so wurde damit eine Aufgabe gelöst, die er Jahrzehnte früher freiwillig zu erfüllen angeboten hatte, ohne gegenüber bürokratischer Euphoriegeiligkeit bei den Zentralinstanzen mit seinem Plane durchdringen zu können. Wie gegenwärtig ein derartiges Amt bei richtiger Ausgestaltung zu wirken vermag, wird uns die kommende Zeit immer mehr lehren.

Von größtem Werte erwies sich Conrads eigenes Werk: die Errichtung unserer Volkshalle, die er manchen Schwierigkeiten zum Trotz durchsetzte. Er kann mit Gewissheit auf seinen Erfolg hinweisen; gedreht doch unsere Volkshalle schon nach den wenigen Jahren ihres Bestehens zu den beliebtesten in Deutschland. Hier konnte er sich seine reichen Erfahrungen, die er auf seinen Reisen durch ganz Europa und die Vereinigten Staaten gesammelt hatte, verwerten und konnte beweisen, daß ihm die sozialen Pflichten der Gebildeten nicht bloß ein Schlagwort, sondern eine Lebensfrage sind.

So können sich Unipfertheit und Stadt heute mit Johannes Conrads vielen Freunden und Schülern zusammenfinden, um dem berühmten Gelehrten, dem hochverdienten Lehrer, dem warmherzigen Förderer alles Guten und Schönen an seinem heutigen Ehrentage ihren herzlichsten Dank und ihre aufrichtigste Verehrung zum Ausdruck zu bringen.

Wir wünschen ihm, den wir mit Stolz den Unfern nennen, noch viele glückliche Jahre; möge er noch lange sich seiner segensreichen Arbeit erfreuen!

Prozess keineswegs kompromittiert und denke auch nicht daran, mein Mandat niederzulegen. Meine beiden Anträge entsprechen der Wahrheit und weisen für jeden der sehen will und kann, auch nicht den geringsten Widerspruch auf.

Allgemeine Mitteilungen.

— Im Falle Hammann ist eine neue Entscheidung getroffen worden. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin hat das zweite Verfahren gegen den Geheimrat Hammann und seine Ehefrau geborene Gellert, geschiedene Schmitz, wegen Meineids beim Verleumdung hieru abermals wegen Mangel ausreichender Beweise eingestellt.

— Im brandenburgischen Provinzialantrage erklärte der Oberpräsident, daß die Regierung grundsätzlich gegen jede Einverleibung von Vororten in Berlin sei.

Heer und Flotte.

Die Kaisermandate.

München, 25. Febr. Die Kaiserl. Majestät, daß heute fünf jüdische Armee-Korps vor dem Kaiser mandatorien werden, hat einige bayerische Blätter, besonders ultramontane, zu bitteren Urteilen veranlaßt. Man sprach von kostspieligen Spielereien und einer unverantwortlichen Geldvergeudung. Gegen diese Verurteilungen wendet sich eine offizielle Verlautbarung der bayerischen Heeresverwaltung, indem sie die Notwendigkeit gelegentlicher großer Manöver für die Heerführer, die Soldaten, den Versorgungsdienst, die technischen Truppen und vieles andere hervorhebt. Die modernen Kriege würden durch das Ringen von Massenheeren entschieden, wozu selbst die Korpsmandate keine Anhaltspunkte zu geben vermögen. Die Führer wie die Soldaten müssen nicht nur auf Umstände lernen, was sie zur Entscheidungsfähigkeit benötigen. Auch würden die Kosten der großen Manöver stark überhöht, wenn riesigen Subjektüberschreitungen keine Rube sein.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 26. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dernburg.

Das Haus ist sehr früh besetzt.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Zunächst erfolgt die

namentliche Abstimmung

Über den polnischen Antrag wegen der Freiheit des Grundeigentums erworbene. Sie ergibt dessen Annahme mit 189 gegen 133 Stimmen bei 5 Enthaltungen. (Beifall bei den Polen, im Zentrum und links; Stillsitzen rechts.) Dafür stimmten Polen, Zentrum, Freisinnige, Sozialdemokraten und Abg. Bausil, Überswalde, Kp.

Der Etat der Schutzgebiete und des Reichskolonialamtes.

Die zweite Beratung beginnt beim Etat für Ostafrika. Zugleich geht zur Beratung der Titel „Gesetz des Staatssekretärs“. Eine Resolution der Budgetkommission fordert die Einführung von Kommunalabgaben für die zu bildenden Gemeinden in Deutsch-Ostafrika.

Eine weitere Zentrumresolution verlangt, daß alle Verordnungen der Kolonialzentralverwaltung und der Gouverneure der einzelnen Schutzgebiete dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Auch soll die Art der Veröffentlichung dieser Verordnungen zur Erlangung der Rechtsgültigkeit festgelegt werden.

Abg. Dr. Semler (n.l.)

erklärt Bericht über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. v. Diebetz (Rp.):

Andere Kolonien zeigen ein erfreuliches Bild der Entwicklung. Überall sehen wir eine Besserung im Schulwesen, Anlässe der Selbstverwaltung und Verringerung der Reichsaufschüsse. Man kann also wohl der Kolonialverwaltung ein Loblied singen. Um so erstaunlicher ist es, daß der Staatssekretär zuweisen so geringe Mittel. (Hört, hört!) In der Kommission hat er uns beispielsweise einmal gesagt, er sei der Vertreter des deutschen Volkes. (Hört, hört!) Nein, er ist der Vertreter der verbündeten Regierungen. Die Vertreter des Volkes sind wir, die wir durch das Feuer des Wahlkampfes gegangen sind. (Lachen b. d. Saal.) In Ostafrika ist vor allem in der Zinderfrage größte Verwirrung. Diese Herren sind sehr geschäftig und wissen gern den Regier zu überreden. Die Geschäftsbücher der Zinder müssen einer genauen Kontrolle unterworfen werden. Auch die Eingehungen selbst erfordern eine sorgfältige Beobachtung. Ich gönne ihnen vollkommen ihre Fröhlichkeit, ihren Übermut und Selbsthinn, aber sie dürfen nicht über die Stränge schlagen. Das Prestige der Weisen muß in jeder Hinsicht gewahrt werden. Es ist ein böses Zeichen, wenn Regier zu Fremden zu legen wagen: Bwana, mit der Herrschaft der Weisen ist es bad vorbei! Bohn soll das führen bei 2000 Weisen im Lande gegenüber 8 bis 10 Millionen Negern. Die Hüttensteuer ist durchaus gut, aber sie darf nicht zu drohlich ergriffen werden. Es muß auch Rücksicht auf die ländlichen Erwerbverhältnisse genommen werden. Die Kommunen erhalten jetzt 50 Proz. der Hüttensteuer. Das ist berechtigt, wenn auch manche dieser Gemeinden noch lose Gefüge sind. Denn wenn man den Gemeinden gar nichts gibt, so glauben die Regier, sie zahlen ihre Steuern nur für den weißen Gouverneur. Die jetzige Art der Hüttensteuer kann noch ausgebaut werden, jedenfalls ist sie aber ein gutes Forum. Die deutsche

Stimme in Dar-es-Salaam läßt noch viel zu wünschen übrig. Die Häuser sind durchaus unzulänglich. Auch auf dem Gebiete des Wegesbaues muß noch viel geschehen. Vor allem ist ein Weg vom Endpunkt der Uvambarabahn nach dem Kitimandara nötig. Der Bahnbau muß endlich energisch in die Wege geleitet werden. Dann wird auch das Land weiter heilungsfähig werden. Dann wird das Land auch wirtschaftlich werden. Wir müssen deutsche Familien anziehen zu Kaufleuten, z. B. am Kitimandara und im Uvambaragebiet. Dann legen wir die Hand erst wirklich fest auf das Land. Dann wird erst das Land unser, wenn Väter und Söhne die Büchse tragen. Dann sind Waffen im Lande, und wir sind nicht nur auf die paar Kompagnien der Schutztruppe angewiesen. (Sehr richtig!) Der jetzige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat sich viele Verdienste erworben. Er sollte sich aber noch mehr mit der Anhebelung der Bevölkerung. Das möchte ich ihm warm ans Herz legen. Ich weiß, daß er an seiner Unruhe nicht gern festhält. Aber er ist aber einmal, dann führt er seine Sache auch durch. So soll er sich auch der Siedlungsfrage annehmen zum Besten der Kolonie, zum Besten des Vaterlandes. Offensichtlich bringt uns die gegenwärtige Kette des Unterstaatssekretärs v. Lindequist auf diesem Gebiete ein Stück weiter. (Leb. Beifall.)

Staatssekretär im Reichskolonialamt Dernburg.

Ich danke dem Vorredner für die anerkennten Worte, die er dem Kolonialamt als Ganzes gesagt hat. Ich sehe darin eine Ernennung, auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortzuführen. Ich bin ihm auch dankbar dafür, daß er klar gelegt hat, daß alle Beschwerden, deren ja eine ganze Menge durch die Presse gegangen sind, löslich erledigt werden können. Ich werde sicherlich nichts tun, um diese löbliche Erledigung irgendwie zu erschweren. Wenn mir ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß ich gelegt habe, ich vertrete in gewissen Fragen das deutsche Volk, so muß ich erklären, daß ich allerdings auf dem Standpunkt stehe, daß die allgemeinen Interessen des deutschen Volkes gewissen partikularen Interessen der Kolonien vorgehen müssen. Nur so habe ich es gemeint, und diesen Standpunkt muß ich allerdings auch weiter einnehmen. Herr v. Diebetz hat hier zum Ausdruck gebracht, daß man dem Gouverneur von Ostafrika mit Rücksicht auf seine frühere Tätigkeit in Sanjour eine gewisse

Vorteile für das gelbe Element

zum Vorwurfe mache. Dem gegenüber muß ich betonen, daß der Gouverneur von Ostafrika, wo so viele Rassen beisammen wohnen, auf einem durchaus gerechten Standpunkt stehen muß, bei dem er natürlich auch die Interessen der Weissen vor allem zu fördern hat. Tatsächlich hat Herr v. Rechenberg mit dieser Auffassung bereits schöne Erfolge erzielt. Freilich werden noch mancherlei Wünsche laut, denen er nicht nachgeben kann. Wenn der Herr Vorredner eine Ausbeutung des schwarzen Elements durch die gelbe Rasse befürchtet, so kann ich nur erwidern, gegen die Ausbeutung gibt es Gesetze, und wenn sie nicht ausreichen, machen wir neue. Nun wurde eine gewisse Einschränkung der Einwanderung oder mindestens eine Einschränkung gewünscht und dabei auf das englische Beispiel verwiesen. Was das englische Reich mit seinen Kolonien vornimmt, das ist nicht unsere Sache, und wir dürfen uns da eben wenig einmischen, wie wir uns eine Einmischung gefallen lassen würden. Wir müssen auf dem Boden des internationalen Rechts bleiben, und dieser ist uns nicht günstig. Ich begreife, daß unter der weißen Bevölkerung in Ostafrika eine gewisse Berührung gegenüber der gelben Rasse Platz gegriffen hat, weil gegen die Konkurrenz der gelben Rasse, die mit viel geringeren Einkommen zu leben vermag, aufzukommen ist. Auch andere Momente kommen hinzu. Es besteht ein gewisser

Gegenatz zwischen dem Plantagenwesen und dem Handel,

obwohl beide auf durchaus korrektem Boden stehen. Der Handel will die Hauptkraft der einzelnen Eingeborenen möglichst stärken, um einen größeren Absatz zu erzielen, während der Plantagenbesitzer mit möglichst billigen Löhnen auszukommen sucht. Das führt natürlich zu Klagen, und es ist für den Gouverneur das einzig mögliche, demgegenüber auf einen ausgleichenden Standpunkt zu stehen, was er tatsächlich auch tut. Nach dem Kompromiß müssen die Zinder die gleiche Behandlung und dieselben Rechte haben wie die Landesangehörigen, ebenso nach dem deutsch-englischen Abkommen von 1890: denn nach der international anerkannten Definition sind die Zinder wie alle englischen Untertanen gleichberechtigt, genau so wie ein Londoner Engländer. Es ist deshalb nicht möglich, dem Zinder das ihm vertraglich zugestandene Gleichberechtigungsrecht zu entziehen, ohne gegen die Verträge zu verstoßen. Darin liegt die crux. Wer vom Deutschen Reich eine gleichmäßige Politik verlangt, der muß vor allem darauf halten, daß die internationalen Verträge strikte gehalten werden. Nun ist angeregt worden, daß man Maßnahmen gegen die Zinder ergreifen soll, ohne gegen den Wortlaut der Verträge zu verstoßen. Abgesehen davon, daß die deutsche Regierung sich hierauf nicht einlassen kann, können darauf schwere Folgen für den gesamten Handel des Deutschen Reiches entfallen. Überdell muß man eine außerordentliche Veränderung in dem Selbstbewußtsein der Völker konstatieren. Japan ist nach Bewegung seines gemäßigten Gegners zu einer Großmacht geworden, die grüßliche Reformbewegung mit dem Ziel der Modernisierung hat in China eingeleitet. Die Schmiergeldisten, die den Engländern in Indien bereit werden und die sie zu einer Verhärterung der indischen Selbstverwaltung aus der Bevölkerung heraus veranlaßt haben, sind bekannt. Ferner, von dem man es vor 10 Jahren nicht erwartet hätte, befindet sich in einem intensiven Verfallungsstadium. Das ganze türkeische Reich ist unter dem Beifall der europäischen Nationen Verfassungsstaat geworden. Das Selbstgefühl der Ägypter hat sich gleichfalls gesteigert. Diese Bewegung überall fast nicht übersehen werden. Die Möglichkeit eines Abfalls der Selbstherrschaft eines dieser Völker kann man nicht ganz aus dem Auge verlieren. Wir haben in den letzten Monaten am ägyptischen Meer gesehen, was dort dem Völkerrückgang haben passiert ist. Was würde der deutsche Kaufmann und die deutsche Industrie sagen, wenn wir afrikanische Partikularpolitik treiben wollten. Ich habe eine harte Zunderwanderung als nicht erwünscht hingestellt. Aber ich kann hier im deutschen Reichstage eine solche Politik, wie sie angeregt ist gegen die Zinder, nicht unterstützen. Das hindert nun nicht, daß wir in Bezug auf die Seuchengefahr, die immerhin von den Zindern eingeschleppt werden können, Vorbehalte treffen, und ebenso

gegen Wucher

Verordnungen erlassen. Weiter können wir auch dafür sorgen, daß nicht solche Zinder zugelassen werden, die der Armenpflege zur Last fallen. Aber alle diese Bedingungen dürfen nicht härter sein als die, die wir jedem anderen Schwarzarbeiter stellen. Deran scheitert vor allem die Einführung der Wucherprüfung. Wenn Sie die Wucherprüfung den Zindern vorschreiben wollen, müssen Sie das auch den anderen Schwarzarbeitern vorschreiben. Darüber sollten Sie die Leute zum Teil zum Handel aus. Sinterziehung der Gewerbesteuer ist nicht möglich, wie behauptet worden ist. Die Gewerbesteuerordnung ist derartig eingerichtet, daß diejenigen, welche keine Bücher führen, eine höhere Steuer im Effekt zahlen müssen, als diejenigen, die Bücher führen. Von der Steuer wird befreit die meisten europäischen Unternehmungen, der Bergbau, Spedition, Eisenbahnen, Handwerker, Rechtsanwältinnen und Landmesser. Keiner von diesen Berufen wird von den Zindern betrieben. Früher sollen

patriarchalische Grundzüge

in den Kolonien herrscht haben, während heute die breitere Humanität sich durchsetzen hat. In Interesse der patriarchalischen Zustände, die wir noch in weiten Kreisen haben, möchte ich sagen, daß dies doch gar keine Gefährdung ist. Wildere Strafen sollen in den Kolonien eingeführt sein. Das ist auch nicht der Fall. Die Strafen haben in Ostafrika in einem Jahre um 11 Proz. zugenommen. Die Zahl der Prügelstrafen hat allerdings etwas abgenommen, die Zahl der mit Geldstrafen Verurteilten hat sich aber beinahe verdoppelt. Das ist nicht ein Zeichen einer milderen Bestrafung, sondern einer besseren pekuniären Situation. Wir strafen, wo wir können, die Leute mit Geld, statt mit Prügel, weil uns das Geld eine bessere und wünschenswertere Strafe erhebt und auch Mittel zur Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit bringt. (Seiterkeit.) In Bezug auf die Bestrafung eines Diensthöhen haben wir festgelegt, wo ein solcher Brauch besteht. Wo dies der Fall ist, wird dieser Brauch gelöst. Im allgemeinen gilt dies

Dernburgische Beilegerlöh,

der meinen Namen davon hat, daß eben nicht gerügt werden soll. (Seiterkeit.) Dieser Erlass bestimmt lediglich, daß über den Grund der Bestrafung und über die Art der Ausführung über Bestrafung eine kurze Niederschrift zu machen ist. Nach den Umständen von fast allen Gouvernements hat sich dieser Erlass auch bewährt, denn die Beamten würden dadurch bei den Bestrafungen vorfälliger, ohne daß dadurch die Disziplin und die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität leidet.

Die Autorität der Weissen

muß natürlich aufrecht erhalten werden. Aber Autorität und Respekt kann nur denjenigen aufrecht erhalten, der sie selbst trägt. Wenn ein Lump nach Ostafrika kommt und dort sich lumpig benimmt, so leidet das der Regier, der kann keine Respekt einflößen. Selbsthütet ist unter den Weissen dringend notwendig. Sehr gut wäre auch, wenn der Hüt auf 500 bis 600 Mark jährlich festzusetzende Mindestlohn in den Klüftenbetriebe etwas eingeschränkt würde. Unter dem Einfluß des Alkoholismus etwas Menge Dinge vor, welche es der Regierung erschweren, dem Respekt der Weissen aufrecht zu erhalten.

Rau zur Arbeiterordnung.

Die Differenzen, die in dieser Frage bestanden haben, sind beseitigt worden. Im Interesse des Gouverneurs möchte ich sagen, daß die Arbeiterordnung, die ich vorhin hier an noch nachträglich empfohlen habe, nicht etwa durch Beschwerden von draußen verhindert worden sind. Die Arbeiterordnung ist draußen mit großer Mehrheit gegen einen einzigen Pflanzler angenommen worden. Es ist dann hierher geschickt worden, und hier wurden noch mehrere Bedenken laut, die man draussen übersehen hatte. Ich habe nicht sofort bemerkt, allen Wünschen nachzugeben. Ich habe mich anderen Mitglied der Reichspartei habe ich auch erfahren, daß man mit der Verordnung draussen ganz einverstanden ist. Mit der

Hüttensteuer

haben wir uns schon mehrfach beschäftigt. Schon im März 1906 wurde im Gouvernementsrat eine Erhöhung und Differenzierung der Hüttensteuer erörtert. Schon im Jahre 1905 hatte der Gouverneur Graf v. Cögen Bedenken gegen eine solche Erhöhung und Differenzierung erhoben, weil dadurch eine Abwanderung der Eingeborenen nach dem englischen Gebiet herbeigeführt würde und weil dadurch ferner der Zugang der Arbeiter nach den Plantagen vermindert würde. Diefelben Gründe habe ich selbst schon im vorigen Jahre betont. Bei dem kleinen Lohne sieht kein Regier aus seiner Heimat nach fremden Arbeitskräften, wo er früher befreit wird. Gerade diejenigen, die wünschen, daß der Regier an die Rüste arbeiten geht, sollten dafür sorgen, daß er an die Rüste höhere Steuern zahlen muß als im Inern. Auch von den Vertretern der verschiedenen Plantagen ist vor einer Erhöhung der Hüttensteuer ernstlich gewarnt worden. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß bei der Einführung dieser Steuer viele Hunderte von Eingeborenen von Tanga aus über die ostafrikanische Grenze gegangen sind. Der Gouverneur sieht auf dem Standpunkte, den ich teile, daß, so lange die Hüttensteuer nicht im ganzen Schutzgebiete eingeführt ist, man sie als Staatssteuer nicht differenzieren sollte. Die Kommunen haben ja immer noch die Möglichkeit, besondere Steuern einzuführen, namentlich wenn sie eine Bevölkerung haben, die einen guten Erwerb findet, die also nicht so leicht daran denkt, abzuwandern. In den Plantagen ist man aber gerade auf die Zunderwanderung von Saisonarbeitern angewiesen. Hinsichtlich des Rechnungswesens haben wir natürlich das Interesse, daß der deutsche Reichstag und das deutsche Volk erfahren, wie die Gelder des Reiches verwendet werden.

Die deutschen Schulen

sind für die Kolonien natürlich außerordentlich wichtig. Für sie wird alles geschehen, was nötig ist. Zu meinem Bedauern ersahre ich erst heute, daß die Schulzimmer in Dar-es-Salaam schlecht sein sollen. Der Oberstadl soll sofort abgeleert werden. Einige Maßnahmen ungenügend ist man mit dem Wegbau in Ostafrika und mit den verschiedenen Unterbrechungen, die der Bau erfahren hat. Besonders Klagen haben sich darüber bemerkt, daß z. B. haben ein Wegebauprogramm vom Jahre 1905, das genehmigt worden ist. Verschiedene Bauten, die begonnen wurden, sind allerdings eingestellt worden, weil andere Einwirkungen wichtiger erschienen. Die Erdbauarbeiten wurden mehrfach in kleinen Teilen unterbrochen, um den Ansehenden hin und wieder Arbeit als Wegbauarbeiter zu verschaffen. Natürlich hat man es nicht so leicht möglich, die nötigen Bauten zu bauen und so kommt es tatsächlich vor, daß die Erdbauarbeiten verschiedener Straßen völlig fertig sind, während die Bauten noch fehlen. Man sollte doch solche ganz natürlichen Dinge nicht zum Gegenstand einer scharfen Kritik machen. Man ist verständlich die Ansicht verbreitet, daß der Gouverneur abgesehen von dem Wegebau hinausziehe, um den Bahnbau dringlicher zu machen. Das ist durchaus unrichtig, denn diese beiden Sachen haben durchaus nichts miteinander zu tun. Bahn- und Wegebauten sind in gleicher Weise notwendig.

Von Bedeutung ist auch die Frage der

Befehlsgültigkeit des Landes.

Es ist gesagt worden, wir hätten dafür nicht den rechten Sinn, und wir hätten alles, was die Leute eher abhandeln als es anguehormen, sich in Ostafrika niederzulassen. Nichts ist falscher. Ich habe es überhaupt nicht für richtig, irgend jemandem zuzureden oder ihm abzurufen, nach den Kolonien zu gehen. Das muß jeder mit sich selber ausmachen. Er muß sich selbst prüfen, ob er sich für die Sache eignet, ob er gesund ist und ob er die ausreißenden Mittel hat. Wenn er dorthin geht, so geht es ihm wie jedem anderen Deutschen, der ein neues Unternehmen beginnt. Er ist sich selbst angewiesen. Natürlich hat der Staat dem Ansehenden gegenüber gewisse Verpflichtungen. Aber diese Pflichten gehen nicht zu weit. Der Staat muß für die Leute sorgen, indem er gewisse öffentliche Ordnung einrichtet, eine zuverlässige Gerichtsstelle errichtet und ihm Schutz und Sicherheit gewährt. Weiter folgt für Schulen und schafft Verste herbei. Der Staat sollte alles, alle die Arbeit, die ein allgemeines Interesse in Anspruch nimmt, und die für die Privatindustrie zu groß sind. Er schafft weiter und Eisenbahnen, Kanäle und Straßen. Damit hat die Sache aber ihr Ende. Alles andere müssen die Ansehenden selber machen. Aber unter diesen Bedingungen nach Ostafrika gehen wird, ist nicht immer. Das wichtigste Standpunkt hier auf der Gouverneur oder Nachbarn. Nur hat man die fast abendliche Frage erörtert, was es denn den Leuten dort draussen ergehen wird. Es wäre mir lieb, wenn man sich von der Antwort darauf entscheiden würde, denn ich weiß es auch nicht und kann es auch nicht wissen. Jedenfalls wird der Staat den Ansehenden gegenüber keine Pflichten, sonst werden sie aber selber helfen, und wenn sie ihre Pflichten dann werden sie auch Gottes Segen auf ihrem Wege haben. (Seiterkeit.) Warum lachen Sie? Jeder tüchtige Mensch wird seinen Weg schon finden.

Die Arbeiterfrage geht sonst im Schutzgebiete immer glücklicher Lösung entgegen. Wir haben 38 000 Arbeiter in den Plantagen, die sich unter dem bisherigen Arbeitssystem durchaus wohl befinden. Dazu kommen noch 8000 Arbeiter auf den Bahnen. Gegen das bisherige Arbeitssystem sind vergeblich heftige Angriffe erhoben worden. Die Erfahrung hat aber

gezeigt, daß die Regierung auf dem rechten Wege war. Ich hoffe, daß auch die anderen Anordnungen, die die Politik der Regierung enthält, in der gleichen Weise von den Tatsachen widerlegt werden. (Beifall.)

Vgl. Schwarze-Pippist (Ztr.):

Die Inder sind ein notwendiges Uebel. Die Negere müssen streng aber gerecht behandelt werden. Prügel sind notwendig, aber nur dann, wenn sie es verdient haben. Von Humanitätsdunkel zu sprechen ist kein Anlaß. Auch in Afrika ist es mit der Arbeitserträge wie anderswärts: wer seine Arbeiter gut behandelt, bekommt und erhält Arbeitskräfte. Der Redner, der im einzelnen absolut unverständlich ist, verlangt Pensionen für die Vektaris, Steuerfreiheit für Missionare, eine finanzielle Kontrolle der Kommunalverwaltungen.

Staatssekretär Dernburg:

Ich glaube nicht, daß wir den Missionen damit einen sehr großen Gefallen tun. Das macht böses Blut. Sie können nur so behandelt werden, wie die Gouvernementsbeamten. Im übrigen erlaube ich mich wie vor die Leistungen der Missionen noch und ganz an und komme ihnen gern entgegen.

Vgl. Vatimann (Strickf. Vg.):

Dieser Kolonialrat ist ein echter Demir'urg. Ueberall lautmännliche Grundzüge, Ausgesprochenes usw. Die Zeit des Fortschritts und der Ziellohne ist zu Ende, die alte Kolonialpolitik mit dem Herausheben planter und pensionierter Einzelfälle ist vorbei, man behandelt jetzt ganze Kolonien und nicht den Einzelnen der Förderung der Kolonien voran. Der Streit um Wert und Unwert der Kolonien ist verschwunden, und selbst die Sozialdemokratie schweigt, wenigstens in der Kommission, sie schämt sich nicht. Auch sie hat den Weg nach Damaskus gefunden. Die Beschwerden gegen das System Kechnberg sind nicht künstlich. Die ganze weite Bevölkerung ist gegen ihn. Er sieht nicht eine Verhandlung herbeiführen müssen, wenn die Kolonie nicht dauernd Schaden leiden soll. Wir spielen nicht Lindequitt gegen Dernburg aus; freilich verdient das Urteil des Herrn von Lindequitt als eines genauen Kenners der afrikanischen Verhältnisse besondere Berücksichtigung. Zum mindesten hätte man das Ergebnis seiner Reise abwarten müssen. Im Gegensatz zu Afrika ist das Verhältnis des Gouverneurs von Schwafelfrika zu den Weibern ausgeglichen. Der Herr ist die bestimmte Salage des Wertes jedes Schwein; die Diamanten hat er ja nicht hingelassen, aber ihm danken wir es, daß wir 20 Millionen Mark Aufwands für die Diamanten einstellen können. Wäre er in seinem zielbewußten Streben fortzuführen, Hand in Hand mit dem Reichstag. (Beifall.)

Vgl. Dr. Goller (Str. Vp.):

Die Darlegungen des Staatssekretärs können wir nur zustimmen. Das sind alte freikinnige Grundzüge. Vor allem ist keine Verletzung und Eingeborenenpolitik richtig. Auch die Engländer haben bittere Erfahrungen machen müssen. Das Menschenmaterial ist weit wichtiger als die Diamantensuche. Wir müssen weiter die Eingeborenen kulturell heben, denn eine niedrigere Klasse sind sie. Die Unterfrage ist sehr richtig. Auch die Kette des Herrn von Lindequitt wird nicht viel helfen. Warum hört man nicht auf das Wort tüchtiger Kenner des Landes? Warum schiebt man Leute wie Dr. Kogroch einfach ab, obgleich er vor dem Gouverneur nicht stramm stehen wollte mit der Hand an der Hosennaht. (Hört, hört!) Es muß ein freierer Zug in der Verwaltung hinein. (Beifall.)

Staatssekretär Dernburg:

Die Kogroch ist auf seinen eigenen Füßen ausgefallen, weil er nicht bei uns die Verwendung finden konnte, die er wünschte. Ein gutes Verhältnis zwischen Gouvernemen und Anliehdern möchte ich sehr. Die Klagen gegen den Gouverneur von Afrika können nur aus Dares-Salaam und Zanga. In der Kommission ist gesagt worden, daß dort heute und viele Charaktere waren. Da können wir keinen Gouverneur haben, der ein präntiges Mitglied hat und sonst noch aus Schmalz und Butter ist. Die Presse schreibt dort auch gegen das Gouvernemen, aus eigenem Interesse. Das ist ihr gutes Recht. Aber man kann diese Ansprüche nicht als eine unparteiische Darstellung hinhinnehmen. Es sagt sich sehr, ob die Deutschen dort draußen in einem ganz richtigen Verhältnis zur Heimat stehen. Ich habe Grund, das zu bezweifeln. Bei den Streitigkeiten handelt es sich meist nicht um Dinge von prinzipieller Wichtigkeit. Meist führen sich die Herren nur persönlich verfehlt. Gar zu leicht werden sie dem Gouverneur den Vettel der Fische, anstatt alle Fragen ruhig und sachlich zu diskutieren. Bei dieser Art ist natürlich keine Diskussion mehr möglich. Da ist nicht der Gouverneur schuld, sondern die anderen tragen die Schuld. Sie sehen nicht im richtigen Verhältnis zum Deutschen Reiche und zum Vertreter des Deutschen Reiches stehen. Die Kommission ist in Afrika in hohem Maße der Fall. Die Gesamtinteressen der Heimat dürfen nicht aus dem Auge verloren werden. Sie gehen den lokalen Interessen der Kolonien vor. Die Interessen der Kolonien dürfen nicht in Konflikt kommen mit denen der 62 Millionen Deutschen in der Heimat. Wir können den Kolonien draußen gegenüber keinen anderen Standpunkt einnehmen als dem deutschen Volkshintergrund gegenüber. In der Nordsee, dem deutschen Matrosen auf Kaufschiffen, in Afrika oder dem deutschen Bergmann. Wir können keinen eine Subvention geben. Aber nur Gehalt aller Forderungen in Afrika beziehen sich auf Subventionen. Der Gouverneur hat aber die Pflicht, jeden Denar zu verteidigen. Wir sind aus der heroischen Periode unserer Kolonie heraus und verlangen jetzt eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Kolonien sind jetzt zu Leistungen verpflichtet und wenn sich der Gouverneur dadurch verfehlt, macht, daß er dafür eintritt, so müssen wir ihn unterstützen. (Beifall.) Vor einigen Jahren hatten wir eine koloniale Kommission, weil man glaubte, daß die Dyer für die Kolonien sich nicht lohnten, weil man das Geld für die Kolonien für hinausgeworfen hielt, weil man unsere Kolonialpolitik für keine Politik der Zivilisation hielt, und weil man glaubte, daß das Geld verschwendet werde. Auch die Regierung ist für eine genaue Kontrolle über die Ausgaben der Reichsgelder. Auch wir wollen, daß die Negere wie Menschen behandelt werden. Die alten Grundbücher dürfen nicht wieder aufgenommen. Der Gouverneur ist nicht der Beamte der Weisheit, er hat die Interessen des Reiches zu vertreten und zwischen sämtlichen Klassen zu stehen. Da befindet er sich natürlich oft in einer sehr schwierigen Situation. Ich kann bei jedem Anlaß demselben den pelantischen Pöbel nachahmen. (Beifall.) Wir brauchen ein verständiges Zusammenarbeiten des Gouverneurs mit der weiten Bevölkerung. Daß Konflikte vorkommen, ist kein Wunder. Es handelt sich auch nicht um Söhlichkeit oder Unhöflichkeit, in den Kolonien, sondern um reale Interessen des Deutschen Reiches, die der Gouverneur bisher zum Dank seiner vorderehenden Behörden verteidigt hat und weiter verteidigen wird. (Beifall.)

Vgl. Dr. Arendt (Rp.):

Es ist erfreulich, daß alle Redner sich kolonialfreundlich geäußert haben. Bedauerlich aber ist, daß der Staatssekretär einen persönlichen Mißton in die Debatte getragen hat. Ich kenne den Kolonialrat sehr genau, weiß aber, daß alle Faktoren in der Kolonie sich mit Freigebigkeit gegen das System Kechnberg wenden. (Hört, hört!) Herr ist von vertrauenswürdigem Reuten mitgeteilt worden, daß dieses System über kurz oder lang zum

Aufstand führen muß. (Hört, hört!) Widerspruch im Zentrum.) Sie, Herr Erzberger, werde ich für einen Aufstand persönlich haftbar machen, denn Sie unterstützen dieses System. (Große Heiterkeit.) Die Farmer waren doch unter den früheren Gouverneuren zufrieden. Also muß doch die Schuld an Herrn v. Kechnberg liegen. Ich verweise nicht, weshalb Herr Dernburg sich mit solcher Leidenschaft dieses Herrn annimmt. Das muß Erbitterung in den Kolonien hervorgerufen. (Sehr richtig! rechts; Unruhe im Ztr.) Das System Kechnberg ist ein Unglück für die Kolonie und muß zu ihrem Ruin führen. Herr Kechnberg nimmt sich einseitig der Interessen der Farmer an. Das heißt, das System hat in Afrika keine schönen Erfolge erzielt. Hoffentlich ist die Herr Kechnberg nur eine kurze Episode, und hoffentlich kommt die Herabsetzung bald. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Dernburg:

System und Person lassen sich hier nicht trennen. Ich lehne ab, einen neuen Gouverneur in Aussicht zu stellen. Das ist Sache der kaiserlichen Initiative, nicht der Legislative. Ich muß auf meine Beamten zählen können, darum trete ich für Sie ein. Wenn ich unsere charakteristischsten Beamten nicht halte, dann richten sie sich auch in Zukunft danach. Die Integrität des Beamtentums würde ich antasten, wenn ich in dieser Beziehung mich anders verhalten würde. Ich werde nicht dazu die Hand bieten, daß das Rückgrat, die feste Ueberzeugung, die Reichstreue und das Vertrauen zum Chef rot leidet. Wir haben jetzt 2 1/2 Jahre diese Eingeborenenpolitik und haben keinen Aufstand gehabt; unter Herrn v. Liebert hatten wir 25 Aufstände. (Beifall.) Ich behaupte nicht, daß die Ueberfälle Kolonialpolitik daran schuld ist, also kann man auch nicht behaupten, daß Herr Kechnbergs Politik schuld wäre, wenn ein Aufstand entsteht. Ich wünsche durchaus ein freundliches Verhältnis zwischen Gouverneur und weiser Bevölkerung, an mit soll es dabei nicht fehlen. Das Haus vertagt sich. Weiterberatung Sonnabend 2 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Ausland.

Die Hoffnung auf Frieden.

Wenn nicht alles täuscht, so haben sich im Laufe des gestrigen Tages die Aussichten auf Erhaltung des Friedens um ein Geringes gebessert. Demungeachtet bleibt die Lage sehr ernst und ein unvorhergesehener Zwischenfall kann künftig den Ausdruck der Feindseligkeiten bringen. Von der Hoffnung auf Frieden berichtet das folgende Telegramm:

Paris, 26. Febr. Fast die gesamte hiesige Presse konstatiert heute, daß der politische Horizont sich aufzuheitern beginnt. Der „Matin“ bringt ein Communiqué, worin es heißt:

„Der europäische Horizont beginnt sich aufzuklären. Allerdings gibt es noch immer gewichtige Wolken, allein die Perspektive eines Krieges, die in den letzten Tagen sehr nahe gerückt schien, weicht immer mehr zurück.“ Rußland hat zwar seine Antwort auf die deutsche Note noch nicht bekannt gegeben, allein der „Matin“ glaubt zu wissen, daß Rußland den Sinn der deutschen Note akzeptiert und bereit ist, mit den anderen Mächten in Bezug auf Wahrung und Zurückhaltung zu empfehlen. Da die Gerben alle Hoffnung auf Petersburg setzen, so wird natürlich jedes Wort, das von Petersburg in Bezug abgegeben wird, von schwerwiegendster Bedeutung sein.

Die österreichisch-türkische Verständigung

Ist so gut wie vollendet. Nur der immer noch anhaltende Boykott bereitet Schwierigkeiten, die aber ungehend beseitigt werden dürften. Hierzu melden Telegramme des „Froh-Telegraph“:

Konstantinopel, 26. Febr. Das Bontokomitee hat gestern Abend durch Aktiare bekannt gemacht, daß von heute an der Boykott österreichischer Waren kein Ende erreichen soll und daß österreichische Schiffe von nun ab wieder ihre Ladung löschen dürfen. Wie es in dem Zirkular heißt, übernimmt der Großvezir Hilmi Pascha die Verantwortung dafür, daß das Parlament das Protokoll der Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei gutheißt. Bisher ist das Protokoll nicht unterschrieben worden, da Margraf Pallavicini sich bisher läufig geweigert hat, seine Unterschrift zu geben, solange der Boykott nicht beigelegt ist.

London, 26. Febr. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Konstantinopel telegraphiert seinem Blatt: Die einzelnen Paragrafen des österreichisch-türkischen Abkommens sind definitiv geregelt. Die Unterzeichnung des Protokolls wird im Laufe des morgigen Tages (also heute, 2. Feb.) stattfinden. Der Großvezir, der österreichische Botschafter Margraf Pallavicini und der Minister des Auswärtigen werden ihre Unterschriften unter das Protokoll setzen.

Roosevelt und der amerikanische Kongreß.

Das Ende der so inhaltreichen Amtsperiode des Präsidenten Roosevelt steht unter keinem guten Stern. Die Reibereien zwischen ihm und dem Kongreß nehmen kein Ende und fortgesetzt ist er die Zielgröße für Angriffe aller Art. Was das folgende Telegramm des Froh-Telegraph über die Lage meldet, klingt wenig angenehm:

Washington, 26. Febr. Trotdem der Kongreß und der Präsident in wenigen Tagen ihre Ämter niederlegen werden, ist die Luft von wildem Kampfe erfüllt, zwischen beiden erlitten. In der gestrigen Beratung des Repräsentantenhauses kam nochmals die Beratung über die Gehedimten Agenten zu Sprache. Der Präsident wurde heftig wegen seiner Haltung aneggriffen, und nur der Abgeordnete Bennet aus Vermont warf sich zu seinem Verteidiger auf. Um den Präsidenten zu ärgern, setzte das Repräsentantenhaus das Gesetz wieder in Kraft, das Mitgliedern der parlamentarischen Kommission verbietet, unbezahlte Dienste für die Regierung zu tun.

Halle und Umgebung.

Dalle a. S., 27. Februar.

Öffentliche Verammlung.

Am Sonntag nachmittags 1/2 Uhr findet in den „Kaiserfäden“ eine öffentliche Verammlung statt, in der die Reichstagsabgeordneten Geh. Justizrat A. B. Träger und Rektor Paul Sommer sprechen werden.

Die Reform des Submissionswesens

lautete das Thema, das gestern Abend in einer erfreulich stark besuchten Verammlung, die namentlich mehrere hundert Handwerksmeister umfaßte, in der „Kaiser Wilhelmshalle“ erörtert wurde.

Die Verammlung nahm nach einem umfangreichen die Materie eröffnenden Vortrag des Herrn Oberingenteurs M in n e r folgende Resolution an:

Die heute in der „Kaiser Wilhelmshalle“ tagende, stark besuchte Verammlung hiesiger Bürger und Handwerksmeister erwartet vom Magistrat und Stadterordnetenkolleg eine wohlwollende Prüfung der eingereichten Petition auf Abstellung des jetzigen Submissionswesens, hofft die Schaffung eines entsprechenden Ortsstatutes und Aufstellung neuer, dem Handwerkerstand freundlicher geonnener Ausschreibungsbedingungen.

Strenger Winter.

Seit einigen Tagen herrscht in dem größten Teile Europas sehr strenges Frostwetter, verbunden mit reichlichem Schneefall und Stürmen. Ueber die Ursachen des Räteeinbruchs schreibt dem „Tag“ ein Meteorologe: Ein hohes barometrisches Maximum liegt über den nördlichen Mittelsee, während ein scharf ausgeprägtes Minimum, das in weitem Umkreis starke Schneefälle verursacht, etwa in der Alpengegend lagert. Ein breiter, strom von nördlichen und nördöstlichen Winden stüdt über ganz Mitteleuropa dahin, und wenn sich auch die Kaltströme in erträglichen Grenzen halten, so ist doch durch die scharfen Winde und die Neigung zu Niederschlägen die Wetterlage so winterlich, wie nur möglich, und die Schneefälle dürften eher noch zu als abnehmen. Um die gegenwärtige Jahreszeit herrscht in anderen Jahren zuweilen schon völlig Frühlingswetter, wenn die Winde südlich oder südwestlich sind und der Himmel heiter ist. Vorläufig aber steht es zurzeit mit den Frühlingsausichten noch recht wenig günstig aus. — Nachfolgend einige Spezialmeldungen.

Budapest, 26. Febr. Im Böhmener Wald ist in den letzten Tagen eine ungewöhnlich große Menge von Schnee gefallen, eine ganze Reihe von Orten ist vollständig eingekerkert und vom Verkehr gänzlich abgeschnitten. Im Dorf Kapellen liegen sämtliche Häuser bis über das Dach im Schnee. Der Postverkehr ist eingestellt, die Straßen sind geschlossen.

Triest, 26. Febr. Seit drei Tagen wütet hier eine fürchterliche Bora, die bereits großen Schaden angerichtet hat. Das Passieren der Straßen ist mit Lebensgefahr verbunden. Zahlreiche Personen wurden niedergeworfen und schwer verletzt. Die Arbeiten im Freien müssen gänzlich eingestellt werden. Die Schifffahrt ist beinahe völlig lahmgelegt. Aus Triest wird abnorme Kälte berichtet. In Pilsna liegt das Thermometer bis auf 14 Grad unter Null.

Paris, 26. Febr. Aus allen Teilen Frankreichs laufen Berichte über die plötzliche Kälteeinnahme ein. In Remiremont im Osten laut das Thermometer in letzter Nacht bis auf 15 Grad unter Null, in Montpelier im Süden bis auf 10 Grad. In Soles d'Ornon im Departement Ardèche, in Toulon und in verschiedenen anderen Gegenden trat mehr oder weniger heftiger Schneefall ein.

Ueber die Leistungen unseres Heldentoren Herrn Rupezt Gogl als Don José schreibt die „Halbesieder Lokalpresse“: Herr Gogl gab den Don José mit höchstem Gelingen und exzente besonders durch seinen feeleuellen Gehang. Das Duett mit der Wicela im 1. Akte wurde von ihm und Fr. Wolf in handgelenkter Weise und mit innigem Empfinden gelungen. Hingänglich der Darstellung dort Herr Gogl in der Schlußszene das Beste.

Das Grundbuch Leipzigerstraße 79, der Firma Haring u. Nummel gehörend, ist für den Kaufpreis von 92 000 M. in den Besitz der Firma Albert Herrmann Kauf, Inhaber Paul Gölner, übergegangen. Herr Gölner wird Anfang nächsten Jahres das alte Gebäude nicht eilegen und dort ein modernes Geschäftshaus mit anschließender Koffein- und Lebensmittelabrik errichten. Dadurch wird auch der störende Engpaß beseitigt.

Der Deutsche Montionsbund, Ortsgruppe Halle, hat seine nächste Sitzung Montag, den 1. März, 8 1/2 Uhr abends, im Freibergerbräu, A. Märkerstr. 10 II, Zimmer 2. In dieser Sitzung berichtet ein Mitglied über: Richter, „Himmel und Hölle“. Im Anschluß daran Diskussion. Von dieser Sitzung an werden regelmäßig Schriften und Vorträge zu jebermanns Benutzung ausgelegt. Gölle sind willkommen.

Zwei hiesige Wolfshunde, die einem hiesigen Züchter, dem Speierstr. 4, gehören, fielen in vorzegangener Nacht auf dem Marktplat einen Postkötchen und einen Kaufmann an. Namentlich der Beamte wurde durch Biße übel zugerichtet.

Provinzial Nachrichten.

Eröffnung des Triebwagenverkehrs.

Von der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg wird geschrieben:

Am 1. März d. J. wird der Triebwagenverkehr auf den Strecken Albersleben-Bernburg, Warby-Mansfeld und Gärten-Stahlfurth eröffnet werden. Die Triebwagen werden nur die 3. und 4. Wagenklasse führen. Für ihre Benutzung werden Fahrkarten des gemöhnlichen Verkehrs veranlagt; auch gelten im allgemeinen die gleichen tariflichen Bestimmungen, wie für die der Personenbeförderung dienenden Züge. Den Reisenden mit Monatskarten sowie den Schülern mit Schülerkarten ist die Benutzung der Triebwagen freigegeben. Besondere Frauensitze sind nicht vorhanden; das Rauchen ist untersagt; die Beförderung von Reisegepäck findet nur im beschränkten Maße, soweit die Gepäcksstücke hierzu eignen, und nur bei den wichtigeren Triebwagenfahrten statt. Die Mitführung von Handgepäck ist allgemein zugelassen. Durch die Einlegung der Triebwagenfahrten ist eine erhebliche Verbesserung des Fahrplans geschaffen. Es ist hierdurch nicht nur einem herozergetten Verkehrsbedürfnis hinsichtlich der Bedienung gewisser Verkehrs, wie beispielsweise des Schul- u. des Arbeiterverkehrs, sondern auch einem allgemein empfundenen Mangel in der Zugfolge auf einzelnen Strecken durch Ausfüllung der Lücken im Fahrplan Rechnung getragen. Ferner dienen die neu eingelegten Triebwagenfahrten dazu, Anschlüsse von und an Fernzüge zu vermitteln; in verschiedenen Fällen sind die Triebwagen als Ersatz für bestehende kleinere Züge eingeführt. Die An- und Abfahrtszeiten dieser Züge sind zum Teil um einige Minuten verlegt.

Ankunft erteilen die Stationen und Fahrkartenausgabestellen, bei denen auf Nachfrage zum Tafelbahnplan und Norddeutschen Kursbude zu erhalten sind.

Aus dem Ueberfluthungsgebiet.

Magdeburg, 26. Febr. Aus der Ulfmarkt liegen heute nur wenige Nachrichten vor. Das Wasser ist gegen gestern nur um ein geringes vorgezogen und im Zehrbaukengebiet nicht mehr über Deusch hinausgetrieben. In Seebauken ist das Wasser wiederum um 1 Zentimeter gefallen. Am die Fluten auf der Seebauken Gasse abzu-dämmen, sind etwa 2000 Sandbäcke herbeigebracht worden. Es wird dadurch möglich sein, die ganze Gasse wieder dem Verkehr zu öffnen.

Die Eisbrechmaschinen sind heute früh 11 Uhr bei Kilometer 422 eingetroffen, so daß sie nur noch etwa 2 Kilometer der Dammbaustraße entfernt sind.

Mord.

Wesig, 25. Febr. Ein Mord, der in der unferne Gegend abermals in Aufregung versetzt, ist in Dimpmannsdorf an einem jungen, blühenden, hübschen Mädchen geschehen. Am Montag morgen fand man die 19jährige Maria Dräger, die am Sonntag abend fröhlich und lustig, wie sie stets war, im Kreise ihrer Freundinnen sich aufhalten hatte, in einem ziemlich weit vom Orte entfernten, schlammigen Graben. Die ganze Lage der Leiche deutet auf eine Mordtat hin, auch die Wunden am Kopfe sprechen dafür. Der Mordtäter hat kein Opfer, nachdem er es getötet hatte, in jener Grube geschleppt, um glauben zu machen, das junge Mädchen habe Selbstmord verübt.

Mord oder Selbstmord?

Heiligenstadt, 25. Febr. Geheimnisvolle Dunkel umgibt etnen Vorfall, der sich am vergangenen Sonntag im Nachbarort über abgepielt hat. Die Witwe Sebon wurde dort in ihrer Wohnung schwer verletzt aufgefunden; die 44 Jahre alte Frau hatte drei Schüsse in den Hals, und trotz vorgenommener Operation starb sie in der darauffolgenden Nacht im Heiligenstädter Krankenhaus. Verschiedene Momente rufen einen Selbstmord auszusprechen. Zunächst ist das Messer, mit dem die Tat ausgeführt wurde, bis zu Stunde noch nicht gefunden worden. Sodann hat man nicht nur in der Wohnkammer, wo man die Frau aufnahm, sondern auch im Hausflur neben der Treppe, eine große Blutlache gefunden. Nach Ansicht der Ärzte ist der Befund der drei Schüsse am Halss der Toten darauf, daß zwei Pfeile bestehen, ob die Frau sich die Wunden selbst beigebracht hat.

Bahnbau „Göschwitz-Planenheide-Kranichfeld-Annabich“.

Erfurt, 25. Febr. Die „über dem Steiger“ bei Erfurt, eine Wegstunde von Arnstadt belegene Gemeinde Kirchheim hat beschlossen, den für den Bahnbau erforderlichen Grund und Boden zur Verfügung zu stellen und 15 000 Mark Aktien zu übernehmen. Hauptsächlich ist sich nun auch die benachbarte, gut situierte Gemeinde Werningshausen, in der wegen der reichen Ertragsnisse aus dem Gemeindegeld keine Gemeindefiscalen erhoben werden, dazu 5000 Mark Aktien zu übernehmen.

Wiesenfels, 26. Febr. (Eine Müllerwerk-fam m l u n g.) an der sich gegen 40 Mühlenseliger des Wiesenfelscher Bezirkes beteiligten, tagte gestern hier. Der Sekretär des Deutschen Mühlereubundes, A. Wöhrsthal, hielt einen Vortrag über die Lage der Mühlereubetriebe, von denen in den letzten 20 Jahren mehr als 10 000 eingegangen sind, wovon große Vermögenswerte vernichtet wurden. Er forderte die Landwirte und Bäcker auf, die mittleren und kleineren Mühlen gegen großkapitalistische Unternehmungen zu unterstützen.

Cöln, 26. Febr. (Ein Milchkrieg) drohte hier auszubrechen, weil die hiesigen Dekonomen beschließen und bekannt gemacht haben, vom 1. März ab den Milchpreis für 1 Liter von 15 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen zu wollen. In einer öffentlichen Bekanntmachung protestierten die Beamten von Cöln gegen diese so hohe Preiserhöhung und luden zu einer Versammlung auf vorerster Abend ein. Da am Tage zuvor aber „Kassandras“ so wurde die Gelegenheit zu einem Scherz benutzt und ein Milchwagen fabriziert, der zum Gaudium von jung und alt umhingend durch alle Straßen fuhr, neue Kundenschaft suchte und das Litter Milch zu 16 Pf. anbot. Entsprechende, in großer Schrift hergestellte Verse enthielt der mit großen Milchstann und zwei Kutschern besetzte Wagen wie folgt: „Heute fährt der erste Wagen, heute Milch kann niemand vertagen!“

Auf Bier und Weinmann hat keine Steuern macht, In die Gasse Wachtung hat keiner gedacht! Die geplante Protestversammlung ist nun in letzter Stunde nach einer Bekanntmachung im „Kreislatt“ aufgehoben, weil die Milch vom 1. März für 16 Pf. abgegeben wird.

Wesig, 26. Febr. (Von der Arbeit weg verhaftet) wurde zu Wesigessen Witte der dort beschuldigte Schloffer Kriepel von hier. Er ist hinführend verurteilt, daß seine eigenen 13jährigen Tochter gegenüber der Büchsenhandlung schuldig gemacht zu haben. Die Frau des Kriepel liegt seit einiger Zeit im Erfurter Krankenhaus.

Erfurt, 25. Febr. (Ein Rodelunfall) ereignete sich am Mittwoch auf der freien Stelle der das Tannenwäldchen durchschneidenden Rodelbahn. Der Kaufmann Z. aus Erfurt tobte zu weit links, blieb mit einem Wagnis am Drahtgitter des Sacktes hängen und fiel herab gegen einen Pfahl, daß ihm die Kniegelenke zertrümmert wurde.

Wesig, 25. Febr. (Aus der Haft lassen.) Der Arbeiter Karl Hauke in Wesig, der unter dem Verdachte der Verbreitung in der Schiffenfabrik, Holzmannfabrik verhaftet war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Wesig, 25. Febr. (Eine Tierquälerei ohne Gleichen.) Ein Gutsbesitzer hatte hier ein Schwein verkauft. Das Dienstmädchen verlangte dabei von ihm Schwanzwage, welche Sitte jedoch nicht mehr in Übung ist. Da die Magd nichts erhielt, schritt sie mit dem Tiere den Schwanz wagt weg. Das Schwein erlang von großen Schmerzen gepöngelt aus dem Wagen und konnte nicht festgehalten werden, da es seines Schwanzes beraubt war.

Wesig, 25. Febr. (Kindesmord.) Die achtjährige Landwirtschöpfung Ammon von hier erdrosselte ihr neugeborenes Kind und vergrub es in der Düngrube, wo ihr eigener Vater die Kindesleiche fand.

Magdeburg, 25. Febr. (Liebesfähigkeit für die Ueberführung.) In großartiger Weise hat hier für die Ueberführung die Wohltätigkeit eingeleitet. Schon jetzt befreit sich die Höhe der gesammelten Summe auf rund 65 000 Mk. Ferner littet der Verwaltungsrat der Magdeburger Feuerwehrgesellschaft 5000 Mark, der Aufsichtsrat des Rathenbühnen 10 000 Mark. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte gestern 5000 Mark für die Notleidenden.

Gera, 25. Febr. (Ein unethischer Einbruch) wurde hier nachts bei einer Witwe Wäldch ausgeführt. Der Dieb,

anscheinend ein früherer Garçonbedienter, war eine Paarmann-mauer durchs Fenster in das Zimmer in der Wohnung gekommen, wo er 26 Mark, eine goldene Uhr mit Ketten und einen goldenen Ring stahl. Der mutmaßliche Dieb, ein gewisser Grüner, wird Verhaftung verweigert.

Sonneberg, 25. Febr. (Beteiligung an der Welt-ausstellung.) Die hiesigen Spielwarenindustriellen beschloßen, sich durch eine Kollektivgruppe an der Brüsseler Weltausstellung zu beteiligen.

Wiesenhäulen, 26. Febr. (Streitführung an der Kolonialschule.) In der Kolonialschule erhielt ein Schüler durch den Direktor einen Preis. Der Ehren-anseh der Schüler war hiermit nicht einverstanden. In-folge dessen pakteten 50 Schüler ihre Sachen, um abzureisen. Nach nochmaliger Verhandlung des Falles vor dem Lehrer-folkium wurde der Preis zurückgenommen.

Bernburg, 26. Febr. (Der neue Direktor der städtischen Gaswerke.) Als Leiter unserer städtischen Gaswerke ist Dipl.-Ingenieur Edmund Harms vom städtischen Gaswerk in Bielefeld ernannt worden. Er über-nimmt seine hiesige Stellung bereits am 1. März.

Schwendau, 26. Febr. (Die seit ca. 14 Tagen vermählte Tochter des Landwirts Th. Wolf ist in Treptow-Berlin als Leiche aus der Spree gezogen worden und ist am 25. d. Mts. erst befristet. Das junge Mädchen soll sofort von Wasser aus dem Wasser gezogen worden sein, aber alle Rettungsversuche waren vergebens, selbst ärztliche Hilfe war erfolglos. Man vermutet, daß das Mäd-chen in einem Schwermittelfall ihrem Leben ein Ende ge-macht hat.

Leipzig, 26. Febr. (Die Stadtverordneten) nahmen einstimmig die Vorlage einer Erhöhung der Gehäl-ter der Direktoren, Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen an den höheren, Volks- und Sophischen in Leipzig an. Da-durch wird der Steueretat der Stadt um ca. 750 000 Mk. jährlich mehr belastet werden.

Leipzig, 26. Febr. (Kamelleisich — ein Leder-billig.) Eine hiesige Deckelstiftungsabteilung will die Leipziger mit einem neuen Lederbillig, nämlich Kamelleisich, bekannt machen. Mit der ersten bestellten Sendung hat sie allerdings kein Glück gehabt.

Dresden, 25. Febr. (Gymnasialprüfung) für junge Mädchen fand hier zum ersten Male statt. 19 Examinan-dinnen fanden sich ein und beendeten sämtlich.

Vermischtes.

Im Ehegebungsprozess der Frau Dr. Schilling gegen ihren Gatten, den früheren Hulmer Bürgermeister und jetzigen Rechtsanwalt Dr. Gotthard Schilling ist gestern vor dem Feuersberger Gericht nicht verhandelt worden. Die Leiche des erschossenen Majors v. Schönebeck, die auf dem alten katholischen Friedhof in Meusenitz beerdigt worden war, ist ausgegraben worden und soll nach der süd-deutschen Heimat des Verstorbenen übergeführt werden.

Kirchenraub in Heideberg. In der vorerzählten Nacht wurde in der Heideberger St. Bonifaciuskirche ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Im Hauptaltar wurde das Tabernakel gewaltsam erbrochen und es wurden daraus zwei goldene Kelche und silberne Geräte gestohlen. Außer-dem sind mehrere Opferkerzen erbrochen und demoliert worden. Die Diebe, die sich wahrscheinlich am Abend in die Kirche hatten einschleichen lassen, sind entkommen. Man vermutet, daß es sich um eine organisierte Bande handelt, denn es sind in der letzten Zeit in der Umgegend wiederholt zur Nachtzeit Einbrüche verübt worden.

Ein Falschungsstreich hat die Staatsanwaltschaft im schönen Schwarzweid in Aufregung versetzt. Wie man aus Triebwert, erschien am Falschungsabend im Verlage der „Schwarzweider Chronik“ in Harberg eine Falschungs-nummer unter demselben Titel. Herausgeberin belagter Falschungsnummer war eine neugegründete Kommanditgesellschaft, deren Geschäftsführer Dr. v. Tschirner in Triebwert kein Berufsjournalist, sondern ein — Tischler ist. Mit dieser Nennung hat sich der Herausgeber aber in die Kasse gefehlt, denn der Staatsanwalt bedachte in ihr nicht nur allerlei Unfittigkeiten, sondern auch politische und Reichstags-beleidigungen, und der Tischlermeister wurde kurzerhand verhaftet. In Sachen, wo bei Preßvergehen nicht immer sofort mit der Verhaftung eingeschritten wird, erregt dieser Fall großes Aufsehen.

Keine Freude mehr am Karneval. Als ein Zeichen der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse ist es wohl auf-zufassen, daß in München-Gladbach an den drei Karnevalstagen nur 3400 Maskentänzer verkauft wurden, während in früheren Jahren die Zahl dieser Karren oft weit über 10 000 betrug.

Die Identität der Londoner National Portrait Gallery. Die Identität des Mannes, der sich und seine Frau gestern in der National Gallery erhäng, ist nunmehr festgestellt worden. Der Selbstmörder ist ein Amerikaner namens John Tempel Dawson, der zuletzt in Brighton wohnte und sich in London nur vorübergehend aufhielt. In den Tischen des Mannes fanden sich einige Anzahl Banknoten und ein Brief, aus dem hervorging, daß das Verbrechen schon seit Länger geplant war. Was den etwa 50jährigen Dawson veranlaßte, seine viel jüngere Frau und sich zu töten, ist noch nicht bekannt.

Die Braut in den Brunnen geworfen. In der ferlich-ung-lischen Gemeinde Redzoge entführte der Bauernsohn Lajo Häm-mowitsch mit Hilfe einiger Freunde die Tochter des Bauern Lajo Somowitsch. Die Braut Aniza zu seiner Braut erkoren, sie einem alten ferlichen Hofbesitzer gemäß aus dem Elternhaus geräubt und brachte sie mit Hilfe seiner Freunde zu Verwandten. Hier sollte das Mädchen bis zur Hochzeit bleiben. Der Empfang der Braut bei diesen Verwandten war aber keineswegs freundlich, und sie rieten dem Bräutigam, das Mädchen wieder ins Elternhaus zurückzubringen. Darüber erbost, holte Hämowitsch das Mädchen in Gesellschaft seiner Freunde wieder ab, und als sie auf dem Heim-wege an einem offenen Brunnen vorüberkamen, ergriff der Bräutigam das ahnungslose Mädchen und warf es in den Brunnen hinab, worauf er mit seinen Freunden wegzog. Das Mädchen wurde nach einigen Stunden tot aus dem Brunnen gezogen. Der Mörder wurde verhaftet.

Verleumdung auf einem Milliardenball. Ein sensationeller Schmuddeleibsch hat sich in San Francisco ereignet. Eine junge Dame, Miß Jenny Croder, eine der schönsten und reichsten Erbinnen von Kalifornien, besuchte den Ball des Herrn Charles Alexander, den dieser in seinem eigenen Saale gab. Der Ball war von den sogenannten

400 Milliarden des Meßens besucht. Miß Croder trug am Halse ein aus 53 wertvollen Perlen bestehendes Hals-band, welches die Summe von 50 000 Dollars gekostet hatte. Um 4 Uhr morgens, als der Ball bereits seinem Ende zu-neigte, entbedte Fräulein Croder plötzlich den Verlust ihres Halsbandes und es konnte bisher nirgends gefunden werden. Ihre Detektive sind jetzt auf der Suche nach dem Schmutzlied. Man vermutet, daß es von einem der Gäste des Balles entwendet worden ist.

Präsident Roosevelt hat Glück. Nicht nur Zeitungs-reaktionen wollen ihm die Rollen für seinen afrikanischen Jagdausflug bezahlen, auch die wissenschaftlichen Institute wollen sich an den Ausgaben beteiligen. Das Smithsonian Institut in Washington hat beschlossen, von den auf 25 000 Pfund Sterling veranschlagten Kosten 20 000 Pfund zu tragen.

Letzte Nachrichten.

Das Wahlergebnis Alzey-Bingen.

Alzey, 26. Febr. (Privattelegramm.) Bis zur Stunde (9 Uhr 45 Min. abends) ist in der Reichstagswahl für Alzey-Bingen folgendes Resultat bekannt: Es wurden bisher gewählt für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei Herr Kroll 8850 Stimmen, für den Kandidaten des Zentrums Kroll 9140 Stimmen. Allen Anschein nach liegt Uebel.

Zur Balkankrise.

Bereitetes Attentat auf den Fürsten von Bulgarien. Belgrad, 26. Febr. Die Polizei verhaftete heute abend hier 2 Personen, die gestanden, daß eine Verschwörung in Sofia geplant habe, den Fürsten Ferdinand bei seiner Rückreise in Rustschuk mittels Bomben zu ermorden. Von den Verhafteten ist der eine ein Bulgare, der andere ein Serbe. Einer Frau, die sich in Begleitung der beiden befand, gelang es, als sie verhaftet werden sollte, zu ent-fliehen. Eine genaue Untersuchung ist eingeleitet.

Eine Kollektivaktion der Wächter?

Frankfurt a. M., 26. Febr. Der Konstantinopeler Korre-spondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, daß sämtliche Wächter, einschließlich Ausland, gemeinam Vorstellungen in Belgrad erheben wollten. Ueber die Form, in der dies zu geschehen hat, ist man sich noch nicht klar. Man hat den Eindruck, daß die gefährliche Spannung der letzten Tage hier im Nachhinein begriffen ist.

Ungünstige Beurteilung der Lage in Wien.

Wien, 26. Febr. Die Lage wird hier wenig günstig beurteilt. Man zweifelt daran, daß die Kollektivaktion der Wächter zu Stande kommt, da die Wächter im letzten Grunde doch abnehmend verhalte, und inselgedessen auch Frankreich der Aktion werde fernbleiben müssen.

Prag, 26. Febr. Sämtliche Verwaltungsbehörden haben den Auftrag erhalten, alle Arbeiten für eine etwaige Mobilisierung zu beschleunigen und die übrigen Arbeiten, soweit sie nicht durchaus bringend sind, vorläufig zurückzulassen, da mit für den Fall der Mobilisierung keine Verzögerung ein-tritt.

Serbisch-türkische Verhandlungen.

Konstantinopel, 26. Febr. Wie verlautet, beauftragte die Porte den türkischen Kommissär in Sofia, bei der serbischen Regierung wegen der Wiederaufnahme direkter Verhandlungen vorstellig zu werden.

Aufhebung des Ausfuhrverbots in Bulgarien.

Sofia, 26. Febr. Die Regierung hob mit dem heutigen Tage das Verbot der Ausfuhr von Getreide und Vieh nach der Türkei auf, eine Maßregel, die auch Serbien zu statten kommt.

Verurteilung Konföderat-Wahlsträflings nach Berlin.

Frankfurt (Main), 26. Febr. Konföderatstrafe Wählung, der Nachfolger von Carl Cortes an der Lutherstraße, erhielt einen Ruf als Professor der Theologie an die Universität Berlin an Stelle Scheinert. Konföderatstrafe Wählung nahm die Professur an und wird zu Beginn des Wintersemesters nach Berlin überleben.

Geldstrafe vor dem Staatsanwalt.

Leipzig, 26. Febr. Frau Lohmann, die wegen Ver-brechens gegen das fremde Leben und fahrlässiger Zügelung, bezogen an dem Dienstmädchen Heine, trotz ihres Zeugnis aus Grund eines Indigenenbeweises zu 6 Jahren Ludwigs verurteilt worden war, legte gestern vor dem Staatsanwalt ein umfassendes Geständnis ab. Danach ist ihr die Heim unter den Händen gestorben. Wegen des ausstehenden Ver-dachtes hat dann das Ehepaar Lohmann die Leiche zerstört und die Leiche in die Weiche geworfen, nachdem der Kopf vorher im Küchenschrank verbrannt worden war.

Juwelen-Diebstahl.

München, 26. Febr. In einem hiesigen Hotel wurden einer älteren reichlichen Baronin Brillen im Werte von 15 000 Mk. gestohlen. Von dem Täter steht vorläufig jede Spur.

Verhaftung eines Erpressers.

Frankfurt (Main), 26. Febr. Der Besitzer eines Gast-hofes in der Kellerstraße erhielt vor einigen Tagen einen anonymen Brief, in dem ihm mit Andeutungen wegen Vergehens gegen § 175 Straf-Ges.-B. gedroht wurde, falls er nicht an eine genannte postlagernde Adresse in Hanau einen Geldbe-trag sende. Der Gastwirt zeigte die Sache an und der Hanauer Kriminal-Polizei gelang es, den Erpresser in dem Augenblicke zu verhaften, wo er die Sendung am Schalter in Empfang nehmen wollte. Der Erpresser ist ein aus Frank-furt gebürtiger Soldat des Infanterie-Regiments Nr. 168.

Leitung. Wilhelm Georg.

Verantwortlich für die politischen Teil: Wilhelm Georg; für die lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht und Sport: Eugen Eitmann; für den Feuilleton: E. W. Schriener; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Endruat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

